

KÖLNER FORUM
FÜR
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN
UND
SICHERHEITSPOLITIK



KFIBS-Analyse

Rückfallgefahren in Post-Konflikt-Situationen

Der Einfluss ökonomischer Faktoren auf Konfliktrisiken
am Fallbeispiel Liberia

Von Tobias Panofen
tobias.panofen@kfibs.org

Ausgabe

2/08

Kontakt **KFIBS e. V.**: Balthasar-Neumann-Platz 24G, D-50321 Brühl (Rheinland),
E-Mail: info@kfibs.org, URL: www.kfibs.org

* * *

Einführung in die Thematik

Liberia, eines von mehreren Nachkriegsländern in Westafrika, erlebte in der jüngeren Vergangenheit zwei blutige Bürgerkriege: Von 1989 bis 1996 und von 2000 bis 2003 erlangte der von amerikanischen Sklaven gegründete Staat traurige Berühmtheit. Doch auch zwischen diesen beiden Kriegen herrschte unter Präsident Charles Taylor Gewalt und Repression. Im Jahr 2005 ist Ellen Johnson-Sirleaf als Siegerin aus der Präsidentschaftswahl hervorgegangen, die von internationalen Beobachtern als „frei und fair“ bezeichnet wurde. Seither befindet sich das Land in einer beschwerlichen Aufbauphase.

Nach dem Ende eines Bürgerkrieges müssen Reformen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens eingeleitet werden. Die Sicherheits- und die Sozialsituation muss verbessert, Institutionen und Rechtsstaatlichkeit neu aufgebaut und Soldaten reintegriert werden. Ein weiteres, entscheidendes Gebiet ist die wirtschaftliche Entwicklung. Ein tragfähiger Frieden kann nicht dauerhaft von internationaler Hilfe abhängig sein. Das jeweilige Land muss sich über kurz oder lang zu einer marktwirtschaftlich orientierten Demokratie entwickeln, um dauerhaft friedlich zu sein. Hierzu existieren mittlerweile zahlreiche Studien, die diesen Zusammenhang quantitativ belegen. Insbesondere Paul Collier, Professor an der Oxford University, hat zu diesem Thema umfangreich geforscht und publiziert.

Ökonomische Faktoren bilden den Schwerpunkt der vorliegenden Analyse. Der Forschungsstand der quantitativen Betrachtung von Nachkriegsstaaten wird zunächst einmal theoretisch erläutert; anschließend werden die Ergebnisse auf das Fallbeispiel Liberia angewandt. Ziel dieser Analyse ist es, auf Grundlage der erarbeiteten Faktoren, eine Einschätzung abzugeben, inwiefern das heutige Nachkriegsliberia anfällig für Feindseligkeiten ist. Hierbei werden vor allem Kennzahlen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP), Einkommen und dergleichen zurate gezogen. Es sollen somit keine detaillierten Handlungsalternativen oder Lösungsvorschläge, sondern vielmehr eine differenzierte Analyse der Problemlage in einem Teilbereich erarbeitet werden.

1 Konflikttrisiken im Anschluss an Bürgerkriege

Kriegsursachen oder Kriegsgründe zu verallgemeinern hat wenig Sinn. Jeder einzelne Konflikt bedarf einer Fallstudie, um adäquat verstanden und vernünftig diskutiert zu werden. Dennoch gibt es Faktoren, die einen Staat für kriegerische Konflikte anfällig machen. Diese können herausgearbeitet und dann auf den Einzelfall angewendet werden.

1.1 Wahrscheinlichkeiten eines erneuten kriegerischen Konflikts

Wie Forscher der *Political Instability Task Force* feststellten, sind wohlhabende Staaten generell stabiler als ärmere – oder anders ausgedrückt: „Poorer states generally have weaker security apparatuses, making them more vulnerable to revolutions“ (Ulfelder/Lustik 2005: S. 13). Darüber hinaus sind Staaten im unmittelbaren Anschluss an einen Krieg mit einem erhöhten Risiko erneuter Feindseligkeiten konfrontiert; diese können leicht in einen neuen Bürgerkrieg münden.¹ Paul Collier u. a. errechneten, dass ein typisches Nachkriegsland mit einer Wahrscheinlichkeit von 43,6 Prozent innerhalb von fünf Jahren erneut in einen Bürgerkrieg verfällt. Kriege beseitigen die Ursachen eines solchen normalerweise nicht – im Gegenteil: häufig kommen neue Faktoren hinzu (Collier et al. 2003: S. 83).

In einer Nachkriegssituation kann sich der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Bürgerkrieg somit zu einem Teufelskreis entwickeln. Die Lebensumstände (und somit die Stabilität) verschlechtern sich durch den Krieg dramatisch. Dieser Umstand erhöht wiederum die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Waffengangs. Liberia erscheint auf diesen Zusammenhang übertragen als Beispiel *par excellence*. Zunächst werden allerdings die Auswirkungen eines Krieges detailliert analysiert, um sie anschließend auf das Fallbeispiel anwenden zu können.

¹ „Bürgerkrieg“ wird als Gewalt zwischen mindestens zwei organisierten Parteien, von denen mindestens eine staatlich sein muss, definiert. Darüber hinaus wird nur dann von einem Bürgerkrieg *per definitionem* gesprochen, wenn die Gewalt tausend oder mehr kriegsbedingte Tote pro Jahr – mit mindestens fünf Prozent auf jeder Seite – fordert. (Letzteres, um ihn von „Massenmord“ bzw. „Genozid“ unterscheiden zu können [Collier et al. 2003: S. 54].)

1.2 Feindseligkeiten als Folge wirtschaftlichen Verfalls

Collier u. a. beschreiben Bürgerkriege in dem Buch *Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy* als rückwärtige Entwicklung (Collier et al. 2003: S. 13 ff.). Dies hat im Hinblick auf wirtschaftliches Wachstum langfristige Folgen:

Die Infrastruktur ist kriegsbedingt in einem schlechten Zustand. Im Durchschnitt resultiert ein vermindertes Pro-Kopf-Einkommen von 15 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung, die in absoluter Armut lebt, ist um 30 Prozent größer (Collier et al. 2003: S. 2). Dies sind beeindruckende Zahlen, die erahnen lassen, in welchem Maße die Zivilbevölkerung von einem Bürgerkrieg betroffen ist. Die Zahlen verdeutlichen aber auch die erhöhte Konflikthanfälligkeit: Rebellionen werden wahrscheinlicher, da aus den Reihen der Bevölkerung durch materielle Anreize leicht rekrutiert werden kann.

Darüber hinaus kann allein am BIP-Wachstum ein Trend abgelesen werden. Collier, Hoeffler und Söderbom betrachteten in ihrer Studie *Post-Conflict Risks* wirtschaftliches Wachstum als isolierte Variable. Natürlich vernachlässigt eine solche Rechnung beeinflussende Faktoren für Konflikthanfälligkeit, dennoch wird so die Wichtigkeit eines gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs deutlich:

„Post-conflict societies have an immensely wide range of growth experience: outcomes are radically more dispersed than in normal growth situations (Collier and Hoeffler, 2004). Some post-conflict economies grow rapidly, others continue to fall apart. If the economy remains stagnant through the decade the decade-risk is 42.1%. If, instead, it grows at 10% per year, which is fast but not without precedent, the decade-risk falls to 26.9%. For completeness, we might note that this massive reduction is split almost equally between the direct contribution of growth to risk reduction in the year in which it occurs, and its cumulative contribution via its legacy of higher levels of income.“

(Collier/Hoeffler/Söderbom 2006: S. 9)

Ein nicht zu unterschätzendes Problem ist, dass – inländische wie ausländische – Investoren mit (Re-)Investitionen in Nachkriegsstaaten äußerst zögerlich sind. Die Gefahr, eingesetztes Kapital in einem unsicheren Umfeld zu verlieren, ist durchaus gegeben. Zudem sind Handelshemmnisse oftmals zu groß, um ein Investment profitabel erscheinen zu lassen. Daher müssen Anreize geschaffen werden, um einzelne Sektoren, aber auch den gesamten Markt, insgesamt attraktiver zu machen. Hohe Zölle sind hier zwar ein beliebtes Mittel der Steuerung, letztlich aber eher kontraproduktiv. Sie führen zu Protektionismus, sprich Konzentration auf den eigenen Markt, was von vielen Staaten

tatsächlich auch so gewollt ist. Allerdings ist im Anschluss an einen Bürgerkrieg, wenn das Land total verarmt ist, wenig zu schützen. Vielmehr müssen umfangreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen getroffen werden, um der Industrie nachhaltig zu helfen (Collier 2008: S. 200 f.). Kurzfristig können hier Primärgüter die Lücke schließen, wenn Kapital in arbeitsintensive Bereiche reinvestiert wird. Insbesondere die momentane Rohstoffhausse ist hierfür prädestiniert, birgt allerdings auch hohe Risiken: Zum einen sind die Preise für Rohstoffe auf den internationalen Märkten hohen Fluktuationen ausgesetzt; hohe Abhängigkeit von Rohstoffexporten machen Märkte daher im Falle eines Preisverfalls äußerst verwundbar. Zum anderen bietet die fragile Situation im unmittelbaren Anschluss an einen Krieg oftmals eine willkommene Gelegenheit, dass sich einzelne Gruppen widerrechtlich Macht und Einfluss sichern. Nach einem Krieg sind staatliche Institutionen geschwächt oder komplett zerstört, sodass die Regierung kaum in der Lage ist, das eigene Territorium zu kontrollieren oder im Bedarfsfall zu intervenieren. Rohstoffe können daher relativ unbehelligt ausgebeutet werden. Die Ausbeutung kann zum Kriegsgrund erwachsen und somit eine secessionistische Rebellion wahrscheinlich machen (Bannon/Collier 2003: S. 5). Plünderungen können allerdings auch Mittel zum Zweck der Finanzierbarkeit eines Bürgerkrieges sein. Im Zusammenhang von Krieg und Rohstoffen sind die Blutdiamanten, u. a. aus Sierra Leone, bekannt geworden.

Die Liste der Probleme im Anschluss an einen Krieg ist lang: Investoren sind eher zurückhaltend, Handelsschranken mit potenziellen Partnerländern meist zu hoch, eventuell sind Sanktionen noch in Kraft, die Infrastruktur zerstört und die Menschen sind zu Flüchtlingen geworden. Dennoch besteht die Möglichkeit und Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs; hierzu sind Entwicklungshilfe, Handelsabkommen sowie politische Unterstützung unerlässlich.

2 Liberias Bürgerkriege und die anschließenden Aufbauphasen – unterschiedliche Entwicklungen unter veränderten Voraussetzungen

Im folgenden Kapitel wird die wirtschaftliche Dynamik im unmittelbaren Anschluss an die Bürgerkriege in Liberia aufgezeigt. Eine kurze Beschreibung des jeweiligen Konfliktverlaufs ist hilfreich, um die Rahmenbedingungen zu begreifen.

2.1 Der Bürgerkrieg von 1989 bis 1996 und Taylors Machtübernahme

Mit der Invasion Charles Taylors, der in Libyen trainiert wurde, und seiner *National Patriotic Front of Liberia* (NPFL) begann 1989 ein blutiger Bürgerkrieg – 200.000 Tote und über eine Million Flüchtlinge waren die Folge (zum Vergleich: insgesamt hat Liberia drei Millionen Einwohner). Die NPFL wurde von Kräften der Elfenbeinküste und von Burkina Faso unterstützt.

Die *Economic Community of Western African States* (ECOWAS) intervenierte, um weiteren libyschen Einfluss zu verhindern. Man fürchtete, dass Liberia zu einem revolutionären Unruheherd erwachsen könnte. Die ECOMOG (*Peacekeeping*-Truppe der ECOWAS) griff 1990 in den Krieg ein und wurde vor allem von Sierra Leone, Nigeria und Guinea unterstützt. Die *Revolutionary United Front* (RUF) wurde auf der Gegenseite von Taylor unterstützt und fiel in Sierra Leone ein. Sierra Leone und Guinea wiederum organisierten Flüchtlinge aus Liberia und gründeten *United Liberation Movement for Democracy in Liberia* (ULIMO), eine Organisation, die in der Folgezeit ebenfalls an den Kämpfen teilnahm. Ein Waffenstillstand wurde schließlich im Jahr 1996 ausgehandelt (sog. *Abuja Agreement II*). Im Folgejahr wurde Charles Taylor sodann mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten von Liberia gewählt. Diese Wahl ging mit der Ankündigung Taylors einher, er werde den Krieg fortführen, sollte er nicht gewählt werden. Als Präsident unterstützte Taylor weiterhin die RUF in Sierra Leone (*International Crisis Group*).

2.2 Ökonomische Schieflage Liberias vor dem Jahr 2000

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs nur langsam. Erst im Jahr 1999 wurde drei Prozent Wachstum überschritten – eindeutig zu wenig für die Gesamtsituation (ECOWAS 2002: S. 11). Taylor behielt die absolute Kontrolle über das Land und somit über die gewinnbringende Industrie, mit der er schon den Krieg finanzierte. Er handelte u. a. mit Rohdiamanten aus Sierra Leone, mit denen die RUF Waffen bezahlte (Goreux 2001: S. 14). Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) verhängte erst im Jahr 2001 ein Embargo auf Rohdiamanten aus Liberia (VN-Sicherheitsratsresolution 1343) und stoppte somit den illegalen Handel weitestgehend. Auch die Holzindustrie war fest in Taylors Hand. Charles Taylors Bruder Robert wurde zum Chef der *Forest Development Authority* ernannt und verkaufte Konzessionen für ganze Wälder an internationale Unternehmen. Außerdem verfügte Liberia weltweit über das größte System von Billigflaggen.² Allein im Jahr 1997 erwirtschaftete das Ministerium für maritime Angelegenheiten damit ca. 17 Millionen US-Dollar (Shorrock 1998):

„Taylor’s regime had dealings in gold, diamonds, gas and rice imports, timber exports, printing and Liberia’s shipping registry business, which is among the world’s largest. Diplomats and Liberian business figures describe a system in which six or seven prominent business figures close to Taylor control all but 10 percent of Liberia’s export and import business and through that, the economy.“

(Harris 2003)

Das Regime um Charles Taylor sorgte dafür, dass die eigenen Geschäfte florierten, während die Bevölkerung in bitterer Armut lebte. Die Zeit nach dem Bürgerkrieg von 1989 bis 1996 ist gekennzeichnet von Gewalt und Repression zu Taylors Gunsten. Eine solche despotische Herrschaftsform kann unter Umständen durchaus stabil sein. Trotz Taylors großen Einflusses konnten sich jedoch Rebellen formieren. Die fragile Region sowie die Feindschaften mit den Nachbarländern machten einen erneuten Bürgerkrieg recht wahrscheinlich.

² „Billigflaggen“ (engl. *flags of convenience*) werden häufig eingesetzt, um hohe Steuern, Gehälter u. dgl. zu umgehen. Schiffe werden in Ländern mit weniger strengen Gesetzen registriert und fahren unter deren Flagge. „Wenn die nutznießende Eigentümerschaft und Kontrolle eines Schiffes außerhalb des Landes liegt, unter dessen Flagge das betreffende Schiff registriert ist, ist dieses Schiff als ein Billigflaggenship zu betrachten.“ – (Internationale Transportarbeiter-Föderation [ITF]).

2.3 Liberias Rückfall in einen Bürgerkrieg (2000-2003)

Gruppen, die sich dem Regime von Charles Taylor widersetzen, formten bereits Anfang 1999 lose Allianzen. Mit Unterstützung aus Guinea bildete sich *Liberians United for Reconciliation and Democracy* (LURD) heraus. Diese Organisation fiel im Juli 2000 von Guinea in Liberia ein, musste jedoch einen sofortigen Gegenangriff der RUF hinnehmen, die Taylor immer noch loyal ergeben war. Im Januar 2001 konnte LURD schließlich Erfolge erzielen und Taylors Truppen nach Liberia bzw. Sierra Leone zurückdrängen. Guinea wurde hierbei von Großbritannien und den USA unterstützt. Im März 2003 eskalierten die Kämpfe nach einer relativ ruhigen Phase. Von der Elfenbeinküste aus fiel eine weitere Rebellenorganisation in Liberia ein: Das *Movement for Democracy in Liberia* (MODEL) setzte sich im Süden des Landes fest. Von der ECOWAS geförderte Friedensgespräche begannen im Juni 2003 – genau an demselben Tag, als das Sondertribunal von Sierra Leone Charles Taylor für dessen Kriegsverbrechen anklagte. Taylor flüchtete im August 2003 ins nigerianische Exil, nachdem LURD an Einfluss gewann und der internationale Druck sich erhöhte. In jenem Monat wurde ebenfalls ein umfassender Friedensvertrag geschlossen. Als Vorsitzender der Übergangsregierung wurde der neutrale Geschäftsmann Gyude Bryant gewählt. Die von den Vereinten Nationen im September 2003 installierte *United Nations Mission in Liberia* (UNMIL) ersetzte die Truppen der ECOWAS. Schließlich wurde im Januar 2006 Ellen Johnson-Sirleaf nach einer fairen Wahl als Präsidentin vereidigt (*International Crisis Group*).

2.4 Liberias wirtschaftliches Erscheinungsbild nach 2003: Eine Chance für einen dauerhaften Frieden?

Die wirtschaftliche Situation nach dem Bürgerkrieg in Liberia war katastrophal. Die Sektoren, mit denen Taylor sich bereichert hatte, waren nach den Embargos auf Holz- und Diamantenexporte auf einem Tiefpunkt angelangt.

Im Jahr 2005 betrug die Wachstumsrate 5,3 Prozent mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 130 US-Dollar (World Bank, Country Profile). Seit dem Wahljahr 2005 verbesserte sich die Lage jedoch stetig; die Exporte stiegen um 25 Prozent. Wirtschaftspolitische Reformen verbesserten die Staatseinkünfte um fast 50 Prozent. Das BIP-Wachstum pendelte sich bei 8 Prozent ein (World Bank 2007). Ein wichtiger Grund

für diesen Fortschritt war, dass die Vereinten Nationen die Sanktionen auf Holzexporte gelockert hatten (VN-Sicherheitsratsresolution 1689). Das Embargo auf Diamanten wurde erst im April 2007 (VN-Sicherheitsratsresolution 1753) aufgehoben, als Liberia die Standards des Kimberley-Prozesses erfüllte.³ Ein weiterer deutlicher Aufschwung ist daher aufgrund dieses lukrativen Industriezweigs zu erwarten (Daten hierzu lagen bei Abschluss dieser Analyse noch nicht vor!). Die steigenden Exporte sowie die bisherigen wirtschaftspolitischen Reformen geben Anlass zur Hoffnung, dass sich Liberia ökonomisch dauerhaft erholen kann. Potenzielle Investoren und Geberländer nehmen diese Errungenschaften zum Anlass, in Liberia zu investieren.

Trotzdem ist Liberia immer noch eines der ärmsten Länder der Welt und stark von Primärgütern abhängig.⁴ Preisschwankungen auf dem Weltmarkt können dem Land extrem schaden. Darüber hinaus liegt die Arbeitslosenquote bei etwa 85 Prozent, wovon ein großer Teil ehemalige Kämpfer sind (Heinlein 2007). Daher ist es entscheidend, dass weitere Fortschritte erzielt werden – und diese zu einer positiven Entwicklung des Landes beitragen.

³ Beim „Kimberly-Prozess“ handelt es sich um ein Zertifizierungssystem, das gemeinsam von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und der Industrie zur Vermeidung von Blutdiamanten entwickelt worden ist (*Kimberley Process* [KP]).

⁴ Liberia ist auf Platz 25 der „Least Developed Countries“ (UN Office of the High Representative for the Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States).

Schlussbemerkungen

Liberia entwickelt sich seit dem Ende des Bürgerkrieges zu einer marktwirtschaftlich orientierten Demokratie. Die freien Wahlen von 2005 und die Vereidigung der neuen Regierung im Jahr 2006 sind als Meilensteine dieser Entwicklung zu betrachten. Ellen Johnson-Sirleaf ist seit ihrer Amtsübernahme sehr darum bemüht, Vertrauen innerhalb der Gebergemeinschaft herzustellen. Ihre internationale Erfahrung, die sie bei der Weltbank und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen gesammelt hat, kann dabei hilfreich sein. Vielmehr sind es aber die eingeleiteten Reformen, die darauf hoffen lassen, dass sich Liberia im Aufbau eines nachhaltigen Friedens befindet. Dennoch ist die Sicherheitslage in Liberia nach wie vor angespannt und die Präsenz von internationalen Truppen in der Region weiterhin erforderlich.

Ferner haben sich die Lebensumstände der Bevölkerung noch nicht entscheidend verbessert. Die bisherigen Entwicklungen innerhalb des westafrikanischen Landes vermindern zwar das Risiko eines weiteren Bürgerkrieges, beseitigen es jedoch nicht gänzlich.

Verwendete Sekundärliteratur

- Bannon, Ian/Collier, Paul (2003): Natural Resources and Violent Conflict: Options and Actions. Washington, D.C., The World Bank.
- Collier, Paul (2008): Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann. München, Verlag C. H. Beck.
- Collier, Paul et al. (2003): Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy. Washington, D.C., The World Bank/Oxford University Press (A World Bank Policy Research Report).
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke/Söderbom, Måns (2006): Post-Conflict Risks. Centre for the Study of African Economies, Department of Economics, University of Oxford, CSAE WPS/2006-12, online abrufbar unter: <http://www.csae.ox.ac.uk/workingpapers/pdfs/2006-12text.pdf> (letzter Zugriff: 7.10.2008).
- Goreux, Louis (2001): Conflict Diamonds. Washington, D.C., The World Bank. Africa Region Working Paper Series No. 13, online abrufbar unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2001/09/28/000094946_01091404003820/Rendered/PDF/multi0page.pdf (letzter Zugriff: 7.10.2008).
- Ulfelder, Jay/Lustik, Mike (2005): Modeling Transitions to and from Democracy. American Political Science Association, unter der Schirmherrschaft der Political Instability Task Force, online abrufbar unter: <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/PITFmodeltrans.pdf> (letzter Zugriff: 7.10.2008).

VN-Sicherheitsratsresolutionen (**Hinweis:** Die hier aufgeführten Resolutionen können unter <http://un.org/Docs/sc/> abgerufen werden.)

- VN-Sicherheitsratsresolution 1343, 7. März 2001.
- VN-Sicherheitsratsresolution 1689, 20. Juni 2006.
- VN-Sicherheitsratsresolution 1753, 27. April 2007.

Dokumente

- ECOWAS (2002): Document on ECOWAS Regional Road Transport Programme. April 2002, online abrufbar unter: http://www.ecowas.int/ips/ii/transport/doc/DONORS_2002.pdf (letzter Zugriff: 7.10.2008).
- The World Bank (2007): High-Level Meeting Mulls Liberia's Prospects for Recovery, Growth. 12. Februar 2007, online abrufbar unter: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:21217488~pagePK:64257043~piPK:437376~theSitePK:4607,00.html> (letzter Zugriff: 7.10.2008).

Zeitungsartikel

- Shorrock, Tim (1998): Lawsuit Reawakens Hostility To Flags of Convenience. In: Inter Press Service, 17. April 1998, online abrufbar unter: <http://www.globalpolicy.org/nations/flags2.htm> (letzter Zugriff: 7.10.2008).
- Harris, Edward (2003): Ousted Liberian leader controlled a financial empire – and isn't giving up, diplomats say. In: Associated Press, 7. September 2003, s. online unter: <http://www.publicinternationallaw.org/docs/PNW/PNW.8Sept03.htm#Liberia> (letzter Zugriff: 7.10.2008).

- Heinlein, Peter (2007): UN Lifts Liberia Diamond Embargo. In: Voice of America, 27. April 2007, online abrufbar unter:
<http://www.voanews.com/english/archive/2007-04/2007-04-27-voa61.cfm?CFID=28258354&CFTOKEN=93217355> (letzter Zugriff: 7.10.2008).

Internetseiten

- International Crisis Group: Conflict history: Liberia, online abrufbar unter:
http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?action=conflict_search&l=1&t=1&c_country=64 (letzter Zugriff: 7.10.2008).
- International Transport Workers' Federation: Flags of Convenience Campaign, online abrufbar unter: <http://www.itfglobal.org/flags-convenience/index.cfm> (letzter Zugriff: 7.10.2008).
- The World Bank: Key Development Data & Statistics, Country Profiles: Liberia, online abrufbar unter:
<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/DATASTATISTICS/0,,contentMDK:20535285~menuPK:1192694~pagePK:64133150~piPK:64133175~theSitePK:239419,00.html> (letzter Zugriff: 7.10.2008).
- Kimberley Process (KP), s. online unter: <http://www.kimberleyprocess.com/> (letzter Zugriff: 7.10.2008).
- UN Office of the High Representative for the Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States, s. online unter: <http://www.un.org/special-rep/ohrlls/ldc/list.htm> (letzter Zugriff: 7.10.2008).